

„So kommt Bewegung in die Sache“

Linke empfiehlt harten Kurs im fortgesetzten Energiestreit

VON JAN THOMSEN

Der große Wurf war für den heutigen Dienstag zwar fast schon angekündigt, aber womöglich bleibt er erneut aus: Denn der rot-schwarze Senat ist sich über das tragende Energiekonzept für die kommenden Jahrzehnte offenbar nach wie vor nicht einig – und verschiebt so ein weiteres Mal einen inhaltlichen Beschluss. Es gebe „möglicherweise nur eine Beratung“ hieß es am Montag, weil die SPD und ihr Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen andere Konzepte verfolgen als die CDU und ihre Wirtschaftsministerin Cornelia Yzer. Der Finanzsenator hatte kürzlich noch einen „Senatsplan“ angekündigt.

Am Montagabend sollte es dem Vernehmen nach sogar eine Verständigung zwischen Senatschef Michael Müller (SPD) und seinem Vize von der CDU, Innensenator Frank Henkel, über das Energiethema geben. Details blieben allerdings unklar. Gegebenenfalls könne Kollatz-Ahnen ein Verhandlungsmandat des Senats erhalten, hieß es. Mit welchem Ziel genau, blieb offen.

Die SPD will in dem Streit um die milliardenschweren Energienetze – vorerst insbesondere bei Gas und Strom – möglichst schnell einen entscheidenden Einfluss des Landes sichern, wie ihr Wirtschaftsexperte Jörg Strödter betonte: „Beim Land muss mindestens eine Mehrheitsbeteiligung und die Unternehmensführerschaft liegen“, sagte er am Montag. Die CDU kann sich mit dieser fortgeschrittenen Rekommunalisierung nicht anfreunden und will die großen Unternehmen Vattenfall, Eon und Engie, die als Anteilseigner der Gasag allesamt mit von der Partie sind, nicht in die Minderheitsposition drängen. Erste Absprachen mit Vattenfall, das Land könne nach fünf Jahren das Stromnetz vollständig übernehmen, stehen daher offenbar wieder in Frage.

Die Ausgangslage ist komplex: Das Gasnetz gehört einer Gasag-

Tochter und damit den drei großen Energieriesen zu jeweils rund einem Drittel. Im Vergabeverfahren hatte zwar der Landes-Bewerber Berlin Energie gewonnen, die Gasag klagte aber teilweise erfolgreich dagegen, so dass der Zuschlag rückgängig gemacht wurde. Auch die Gasag bekam das Netz allerdings nicht. Der Rechtsstreit läuft noch. Das Gericht hatte strukturelle Verfahrensmängel kritisiert, dabei unter anderem bezweifelt, dass sich der Landesbetrieb überhaupt bewerben durfte – was auch das laufende Verfahren

zur Stromnetz-Vergabe betrifft, ebenfalls ein milliardenschwerer Deal. Das Land stoppte dieses Verfahren daher vorerst und suchte seitdem per Sondierung eine politische Lösung jenseits jahrelanger Prozesse. Eine Variante wäre dabei dem Vernehmen nach, dass Vattenfall tatsächlich die Netze mittelfristig dem Land überlässt, dafür aber die lukrativen Kraftwerke und das Fernwärmenetz dauerhaft behält. Voraussetzung wäre natürlich, dass der schwedische Staatskonzern zuvor den Zuschlag für das Stromnetz erhält – das Verfahren dazu, wie gesagt, ist derzeit gestoppt.

Für den Energiepolitiker der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Ex-Wirtschaftssenator Harald Wolf, begäbe sich das Land aber unnötigerweise in eine „Position der Schwäche“, wenn das Stromnetz-Verfahren einfach fortgeführt werde. Denn damit würde Vattenfall, als einziger konkurrenzfähiger Bewerber für den Gesamtbetrieb des Netzes, bevorteilt, sagte Wolf am Montag. Er forderte, das Stromverfahren in jedem Fall neu aufzurollen und den Landes-Bewerber Berlin Energie personell, finanziell und strukturell so aufzustellen, dass er eine realistische Chance im Verfahren habe. Vattenfall hat für diesen Fall zwar schon intern eine Klage angekündigt – doch Wolf erklärte, er halte seinen Vorschlag für rechtssicher. „So kommt auf jeden Fall Bewegung in die Sache.“



BLZ/MARKUS WÄCHTER

Keine Schwäche zeigen:
Ex-Wirtschaftssenator Harald Wolf (Linke) will Vattenfall nichts schenken.